

Wenn sich zwei Dörfer finden, freuts den Kanton

Die Hälfte der Gemeinden hat weniger als 1000 Einwohner. Viele von ihnen leiden unter Personal- und Geldsorgen und haben Mühe, ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb denkt jede fünfte Kommune daran, mit ihrem Nachbarn zu fusionieren. Die Kantone honorieren diesen Bürokratie-Abbau mit Geld.

VON FLORENCE VUICHARD, JÜRGE WEGELIN UND IGOR KRAVARIK (ILLUSTRATION)

Wer nicht hören will, muss fühlen: Gemeinden, die sich nicht freiwillig nach einem Partner umsehen, werden zwangsfusioniert. Das hat die Glarner Kantonsregierung jedenfalls in einem Gesetz festgehalten, das sie demnächst ans Parlament übergeben wird. Denn sie hat genug vom Wildwuchs der Zweckverbände und will die Zahl der politischen Gemeinden von heute 27 auf 10 limitieren.

Andere Kantone machen ebenfalls Druck, gehen aber nicht so forsch vor wie Glarus. Sie propagieren den freiwilligen Weg, belohnen fusionswillige Gemeinden mit Geld – und erhalten dafür Sukkurs von Avenir Suisse: «Der Anstoss zur Fusion muss von den Gemeinden selber kommen. Der Kanton

hat dafür zu sorgen, dass diese Initiativen nicht durch falsche Anreize im Keim erstickt werden», sagt Hansjörg Blöchliger, der im Auftrag der Denkfabrik der Wirtschaft untersucht hat, wie der Schweizer Föderalismus revitalisiert werden könnte.

Trendsetter ist der Kanton Freiburg, der mit seinem Fusionsdekret viel Bewegung in seine Gemeindefusionen gebracht hat: Er vermeldet seit Anfang 2000 ganze 41 Fusionen, in die 118 Gemeinden involviert sind. Für die Bürger ist die Rechnung – wenigstens finanziell – aufgegangen: Bei unterschiedlichen Steuerfüssen einigten sich die Fusionspartner in der Regel auf den tiefsten – und konnten ihn meist auch dort belassen. Die Kantone versprechen sich durch das Zusammenlegen der Kleinst- und Kleingemeinden eine Entlastung bei ihren Aufsichts- und Beratungspflichten sowie etwas weniger Bürokratie. Die Übung war für Freiburg mit 22,6 Mil-



FUSIONSAGENDA

Fusionen per 1. 1. 2006: Ober- und Unterehrendingen AG; Villigen und Stilli AG; Botterens und Villarbeney FR; Bulle und La Tour-de-Trême FR; Esmonts und Vuarmarens FR; Autavaux, Forel und Montbrelloz FR; Agriswil und Ried bei Kerzers FR; Bollion, Lully und Seiry FR; Splügen und Medels GR; Willisau-Stadt und Willisau-Land LU; Reiden, Langnau und Richenthal LU; Ettiswil und Kottwil LU; Dagmarsellen, Uffikon und Buchs LU; Nieder- und Obererlinsbach SO.

Fusionen per 1. 7. 2006: Rossens, Sédeilles und Villarzel VD; Avanches und Donatyre VD.

Fusion per 1. 1. 2007: Rapperswil und Jona SG.

Fusionstermin noch unklar: Bignasco, Caverigno und Cevio TI; Aquila, Campo Blenio, Ghirone, Olivone und Torre TI; Faido, Calonico, Chiggogna und Rossura TI. Weitere – mehr oder weniger – fortgeschrittene Fusionsprojekte gibt es in den Kantonen Aargau, Bern, Glarus, Graubünden, Jura, Neuenburg, Schaffhausen, Solothurn, Waadt und Wallis, wobei bei etlichen mehr als zwei Gemeinden involviert sind: So wollen sich im neuenburgischen Val-de-Travers elf Gemeinden zusammenschliessen. Im bündnerischen Surses zeichnet sich eine Talfusion mit neun Ortschaften ab.

ES WERDEN WENIGER

Kanton	Anzahl politische Gemeinden		
	1970	2006	±
AG	231	229	-2
AR	20	20	-
AI	6	6	-
BL	74	86	+12
BS	3	3	-
BE	493	398	-95
FR	281	168	-113
GE	45	45	-
GL	29	27	-2
GR	213	207	-6
JU	-	83	+83
LU	107	97	-10
NE	62	62	-
NW	11	11	-
OW	7	7	-
SH	34	32	-2
SZ	30	30	-
SO	131	125	-6
SG	90	89	-1
TG	191	80	-111
TI	253	199	-54
UR	20	20	-
VS	167	155	-12
VD	385	381	-4
ZG	11	11	-
ZH	171	171	-
Total	3065	2742	-323

QUELLE: SCHWEIZ, GEMEINDEVERBAND/KANTONE

lionen Franken nicht ganz billig, hat aber die Anzahl der Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern auf 99 halbiert. Schweizweit gibt es 1500 solcher Kleingemeinden. Nicht erstaunlich also, dass in rund einem Fünftel der rund 2700 Kommunen über eine Fusion diskutiert wird.

Die Experten sind sich nicht einig, welches die Idealgrösse für eine politische Gemeinde ist. Der Kanton Luzern wollte die Messlatte bei 3000 Einwohnern ansetzen und den kleineren Gemeinden den Geldhahn zudrehen, ist damit aber gescheitert. Klar ist jedoch: Ohne minimale Grösse können gewisse Leistungen wie die Öffnung der Gemeindekanzlei an allen Werktagen nicht erbracht werden. Das Budget ist knapp und lässt wenig Spielraum für Unvorhergesehenes, wie die Renovation einer Strasse. Zudem bekunden etliche Kleingemeinden Mühe, die vakanten Sitze in ihrer Regierung zu besetzen – vor allem dort, wo die Parteien als traditionelle Rekrutierungsbecken ihre Sektionen mangels Mitgliedern schliessen mussten.

Rapperswiler Steuerzahler profitieren von Jona

Am meisten Erfolg versprechen jene Fusionen, bei denen eine gemeinsame Interessenbasis und eine Zukunftsperspektive bestehen. Das ist bei den St. Galler Gemeinden Rapperswil und

Jona der Fall. «Wir sind schon heute gesellschaftlich und siedlungsmässig stark verflochten», sagt Hans Wigger, der als Projektleiter den Zusammenschluss vorbereitet. Die Fusion dürfte Personaleinsparungen in der Verwaltung bringen, da in Zukunft der grosse Koordinationsaufwand für die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit wegfällt. Auch die Entscheidungswege werden verkürzt. Positiver Nebeneffekt: Die Fusionspartner konnten sich auf den tieferen Steuerfuss von Jona einigen. Und last, but not least: «Als Grossgemeinde mit 25 000 Einwohnern gewinnen wir im Kanton an Gewicht und können uns besser positionieren», fügt Wigger an.

Grösster Hemmschuh im Fusionschub liegt in der Angst der Bürger vor dem Verlust der Identität. Und da

sind noch die finanziellen Bedenken: Wer will schon für die Schulden der angrenzenden Gemeinde aufkommen? Und wer will zum Armenviertel der reicheren Nachbarin degradiert werden?

Vielen Kleinstgemeinden ist es als Trittbrettfahrer der Nachbargemeinden recht wohl. Das Walliser Dorf Bister zählt gerade mal 28 Einwohner. Damit hat die kleinste Schweizer Gemeinde etwa die Grösse einer Grossfamilie oder, in den Worten des Briger Hoteliers und ehemaligen SP-Präsidenten Peter Bodenmann, «eines besseren Chüngelzüchter-Vereins». Auch dieses Gemeinwesen steht nicht auf eigenen Füessen. Bei einem Brand müssten die Feuerwehrleute aus den Nachbargemeinden ausrücken. Und würde ein Einwohner zum Sozialfall, geriete das Gemeindebudget völlig durcheinander.

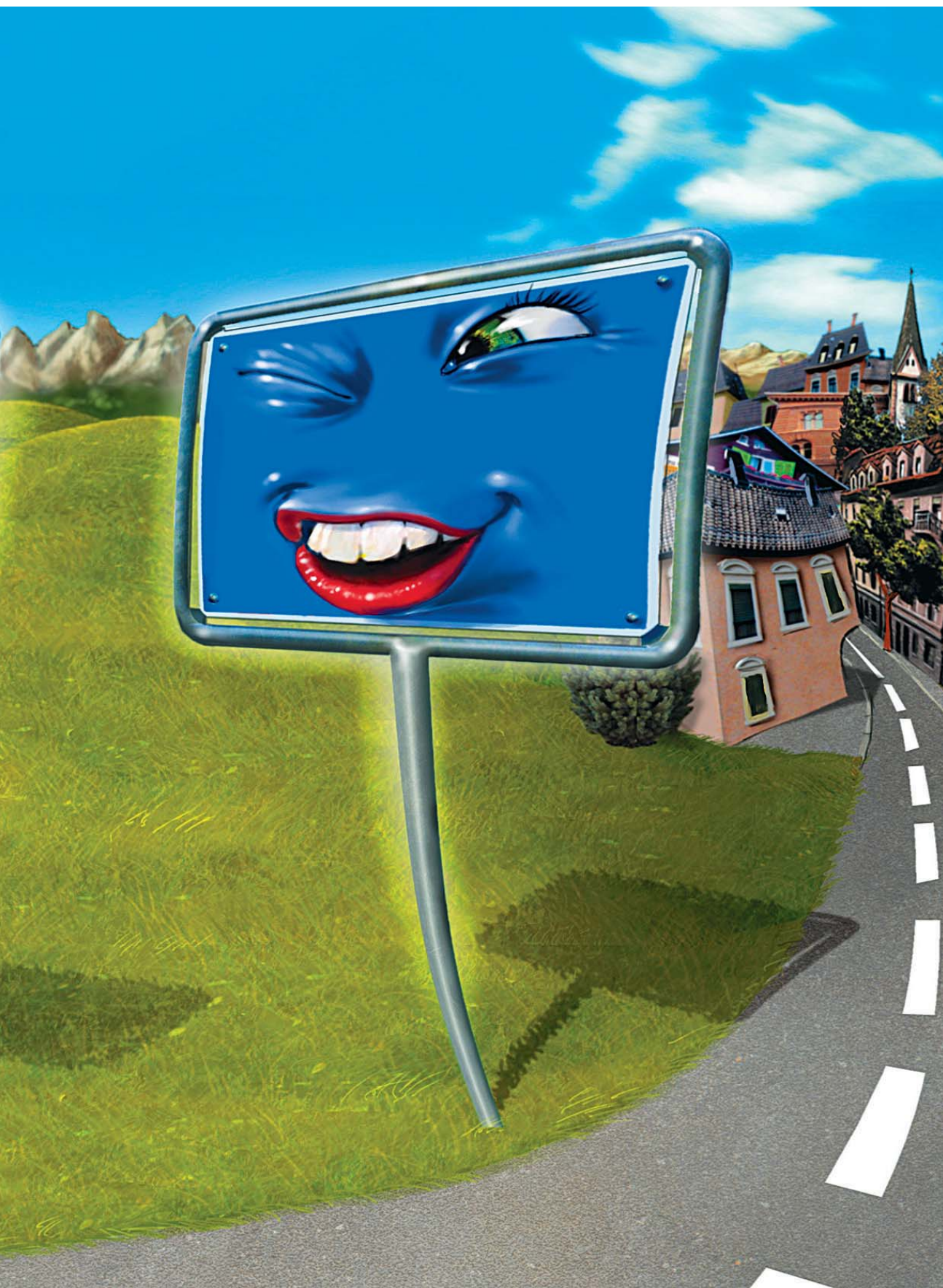
Trotzdem sagt Gemeindepräsident Edwin Zeiter stolz: «Wir haben keine Probleme. Zu einer Fusion mit unseren Nachbargemeinden besteht kein Anlass.» Der Strassenunterhalt ist in seinem Budget praktisch der einzige Ausgabenposten. Und der lässt sich mit den Steuereinnahmen und dem Zustupf aus dem kantonalen Finanzausgleich von je 50 000 Franken mühelos finanzieren. Die Zwerggemeinde will selbständig bleiben, obwohl auch das Wallis Gemeindefusionen mit finanziellen Anreizen fördert.

IHRE MEINUNG

Stimmen Sie ab zu Gemeindefusionen auf www.cash.ch/umfrage.

Heute gibt es in der Schweiz noch immer gut 2700 Gemeinden. Wollen Sie, dass Ihre Gemeinde mit der Nachbargemeinde fusioniert?

Die Ergebnisse der Umfrage lesen Sie in der nächsten CASH-Ausgabe.



Drum prüfe, wer sich ewig bindet

Der Kanton Bern belohnt fusionswillige Gemeinden mit Geld – und bestrafte sie sogleich mit Geldentzug. Das zeigt der absurde Fall von Rüti und Riggisberg.

Das kleine, finanzschwache Rüti schaute sich nach einem Partner um und entschied sich für das nicht ganz so finanzschwache Riggisberg. Beide Berner Gemeinden fanden schnell Gefallen aneinander: Für das 450-Seelen-Dorf Rüti hätte eine Fusion den Ausweg aus den Geld- und Personalsorgen bedeutet, Riggisberg erkannte darin einen «Akt der Freundschaft» und die Chance, die Einwohnerzahl auf immerhin 2600 Personen anzuheben. «Gemeinden mit weniger als 3000 Personen werden es immer schwerer haben, ihre Aufgaben zu erfüllen», sagt Fredy Schütz, Gemeindegeschreiber in Riggisberg.

Der Kanton nahm die Annäherungen mit Freude zur Kenntnis, will er doch die Zahl der Gemeinden innert zwölf Jahren von heute knapp 400 auf 300 senken. Um das ambitionöse Ziel zu erreichen, hat er per Anfang Juni 2005 ein finanzielles Anreizsystem eingeführt: Wie der Nachbar Freiburg – in Sachen Gemeindefusion ein gern zitiertes Vorzeigebispiel – belohnt Bern die fusionswilligen Gemeinden mit einem grosszügigen Batzen: Jede der bei der Übung involvierten Gemeinden erhält pro Einwohner 400 Franken, wobei für jeden Fusionspartner höchstens 1000 Einwohner angerechnet werden. Rüti und Riggisberg winkt eine einmalige Mitgift von knapp 580'000 Franken.

Doch die Freude ob dem Geldsegen wurde schnell getrübt: Sollten die zwei Gemeinden tatsächlich zusammenfinden, verliert Rüti seinen jährlichen Zustupf aus dem kantonalen Finanz- und Lastenausgleich. In der «theoretischen Rechnung» der fusionierten Gemeinde fehlen deshalb unter dem Strich jährlich 260'000 Franken, wie Fredy Schütz erklärt. Jetzt geht die gemeindeübergreifende Arbeitsgruppe nochmals über die Bücher, an den Fusionsabsichten hält sie vorerst fest.

Die Kritik am Finanz- und Lastenausgleich bleibt jedoch: «Er setzt falsche Anreize», sagt Schütz.

In der Subventionslandschaft des Kantons Bern weiss offenbar die linke Hand nicht, was die rechte macht. Auch in den Amtsstuben hat man sich mittlerweile mit dem absurden Fall schon befasst, und das Parlament fordert, dass die sich widersprechenden finanziellen Anreize möglichst eliminiert werden sollen. Doch es wird sich kaum etwas ändern. Christoph Miesch, Vorsteher im Amt für Gemeinden und Raumordnung, betont jedenfalls, dass der Kanton bei Fusionen nicht für alle Ausfälle der Gemeinden und erst noch zeitlich unbefristet aufkommen könne. «Generell ist es einfacher, zwei hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit homogenere Gemeinden zusammenzuführen», sagt er und verweist auf die erfolgreichen Beispiele von 2004, Wichtrach und Wald, die ersten zwei Fusionen im Kanton Bern seit über 30 Jahren. FV

FUSIONSWEHEN



«Das wäre ein politisches Erdbeben»

Der Politologe Andreas Ladner steht Gemeindefusionen skeptisch gegenüber.

CASH: Herr Ladner, Sie stehen Gemeindefusionen kritisch gegenüber. Weshalb?

ANDREAS LADNER: Für einige Gemeinden kann eine Fusion durchaus sinnvoll sein. Es wäre jedoch eine Illusion, zu meinen, die Kommunen könnten damit alle anstehenden Herausforderungen meistern.

Welche Herausforderungen meinen Sie?

Es wird immer schwieriger, Leute für die politischen Gremien zu rekrutieren. Zudem können viele Aufgaben nur noch regional gelöst werden. Deshalb schliessen sich die Gemeinden in Zweckverbänden zusammen.

Diese Zweckverbände sind doch intransparent und damit auch undemokratisch.

Das ist tatsächlich eine Gefahr. Es gibt aber Bestrebungen, diese gemeindeübergreifenden Vereinbarungen demokratischer zu gestalten.

Sie sagen, die Gemeinden hätten Rekrutierungsprobleme. Für fünf fusionierte Gemeinden lässt sich doch



leichter ein Finanzdirektor finden, als wenn jede einzelne einen Verantwortlichen sucht?

Die Hälfte der Gemeinden hat weniger als 1000 Einwohner. Wenn all diese Gemeinden fusionieren wollten, wäre dies ein politisches Erdbeben. Das ist kaum realistisch.

Aber das heisst noch lange nicht, dass ein solcher Erdstoss nicht zu begrüssen wäre.

Mit einer Fusionswelle würden unsere Gemeinden nicht allesamt leistungsfähiger.

Aber könnten sie nicht gegenüber den Zentren an Gewicht gewinnen?

Nein. Die Zentren werden weiter wachsen, und die ländlichen Gemein-

den werden so oder so an Gewicht verlieren. In den ländlichen Regionen erfolgen die meisten Fusionen aus der Not heraus, weil es nicht mehr anders geht. Aus Minigemeinden werden dann einfach Kleingemeinden. Ihre Nachteile können sie nicht wettmachen.

Aber es gibt doch auch erfolgreiche Fusionen.

Ja, dort, wo Zentren gestärkt werden, wie in Rapperswil-Jona, Lugano oder beim geplanten Luzern-Littau. Solche Zusammenschlüsse sind Erfolg versprechend.

Gerade in den Agglomerationen, wo die Stadtgemeinden unter den Zentrumslasten ächzen, wären doch Fusionen sinnvoll.

Dort sind sie jedoch wegen der grossen Steuerunterschiede am schwierigsten zu vollziehen.

Müsste hier der Anstoss nicht von den Kantonen kommen?

Die Politiker können sich mit solchen Initiativen kaum Lorbeeren holen.

JÜRGEN WEGELIN

ANZEIGE



Von Grund auf gut beraten.
Mit einer Hypothek von UBS.

Ihr erster Schritt in Richtung Wohneigentum: die umfassende Hypothekenberatung von UBS. Ob Sie zum ersten Mal eine Hypothek abschliessen oder einfach Ihre Hypothek verlängern möchten, kommen Sie doch möglichst früh zu uns. Verlangen Sie jetzt eine Offerte und lassen Sie sich bei der Nummer 1 für Immobilienfinanzierungen beraten: in jeder Geschäftsstelle, über 0800 884 556 oder www.ubs.com/hypo

UBS